

Die Informationsgesellschaft als Utopie und Versprechen

Manfred Mai

Die globale Verbreitung von Informations- und Kommunikationstechniken sowie die Dauerpräsenz der Massenmedien haben an der Entstehung moderner Gesellschaften einen ebenso großen Anteil wie die in der Verfassung gesicherten Grundrechte oder die Trennung von Staat und Kirche. Die Festigung moderner Gesellschaften und demokratischer Strukturen hängt aber nicht vom Stand der Technik ab. Informations- und Kommunikationstechniken können sowohl demokratische – im Sinne von Partizipation – als auch totalitäre Strukturen – „Orwells Big Brother“ – stützen und sind insofern neutral und lediglich Mittel für andere Ziele.

Dennoch werden an neue Informationstechniken immer wieder Hoffnungen auf eine Wiederbelebung demokratischer Institutionen geknüpft. Eine theoretische Grundlage dafür ist die zentrale Rolle der Kommunikation für eine lebendige Demokratie. Jürgen Habermas hat dafür das Paradigma des herrschaftsfreien Diskurses geprägt. Auf diesem Idealtyp menschlicher Kommunikation beruht die Hoffnung, dass eine Gesellschaft durch Reflexion und Raisonement am besten zur Lösung politischer Fragen beiträgt. Eine Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die Akteure weitgehend von ihren eigenen Interessen absehen und der Kommunikationsprozess nicht durch politische oder ökonomische Faktoren beeinflusst wird. Dieses Modell ist dem anderen Idealtyp menschlicher Kommunikation, der strategischen, diametral entgegengesetzt: Die strategische Kommuni-

kation hat das erklärte Ziel, nicht die beste Lösung für ein fiktives, über den einzelnen Interessen stehendes Gemeinwohl zu finden, sondern die jeweils eigene Position gegenüber anderen durchzusetzen. Beide Idealtypen menschlicher Kommunikation können durch neue Informations- und Kommunikationstechniken gestützt werden.

Im Folgenden sollen einige Aspekte erörtert werden, was die Verbreitung neuer Informations- und Kommunikationstechniken für die Politik bedeutet und was von den Erwartungen an die Informationstechnik für eine demokratische Revitalisierung der Gesellschaft geblieben ist.

Im Zeitalter ständiger Erreichbarkeit

Die Techniken der industriellen Revolution prägten die Prinzipien der Industriegesellschaft: Arbeitsteilung, Effizienz, Mechanisierung und Standardisierung. Heute sind es vor allem die Informationstechnologien, die die Gesellschaft und die Politik prägen. Die „postindustrielle Gesellschaft“ (Daniel Bell) ist wesentlich eine global vernetzte Informationsgesellschaft. Mit der Ablösung der Industriegesellschaft durch die Informationsgesellschaft sind auch bestimmte politische Erwartungen verbunden. In der Vision der „Informationsgesellschaft“ liegen zugleich ein Versprechen und eine Befürchtung: die Hoffnung auf eine „sauberere“ Arbeitswelt jenseits industrieller Strukturen und die Befürchtung, mit der entfesselten Dynamik nicht mehr Schritt halten zu können.

Durch die fast vollständige Durchdringung der Gesellschaft mit Informationstechnik hat sich der Charakter der Gesellschaft verändert. Private oder öffentliche Räume ohne „intelligente Schnittstelle“ kann man sich kaum noch vorstellen. Nicht-Erreichbarkeit ist im Internet- und Handy-Zeitalter eine gegenüber Freunden und Kollegen zu rechtfertigende Haltung, die elitäre Abschottung oder altmodische Verweigerung bedeuten kann. Das Vordringen der Informations- und Kommunikationstechnik ist weitgehend durch massenhafte Nutzung und in der Regel problemlose Akzeptanz erfolgt, wobei die Politik zumindest die schlimmsten Auswüchse zu verhindern versucht. Der Versuch, gegen nicht akzeptable Inhalte des Internets oder des Fernsehens vorzugehen, endet entweder an den Grenzen des nationalen Rechts oder an der ständigen Weiterentwicklung technischer Möglichkeiten. Hinzu kommt, dass sich zum Beispiel bestimmte Jugendkulturen über einen speziellen Medienkonsum etwa von popkulturellen Musikgenres oder Videospiele definieren. Informations- und Kommunikationstechniken sind längst Bestandteil von Lebenswelten und gehen mit ihnen vielfältige Symbiosen ein. Die Frage ist also nicht nur, was Technik und Medien mit den Menschen machen, sondern auch was Menschen in ihren Rollen als Nutzer, Verbraucher, Staatsbürger und Arbeitende mit der Technik und mit den Medien machen.

Mit Kommunikationstechnik verbinden die meisten Bürger weniger den drohenden „Überwachungs- und Kontrollstaat“, vielmehr sehen sie das Internet eher als Plattform für alle möglichen privaten Interessen. Das erklärt den weltweiten Erfolg von „MySpace.com“ und ähnlichen Angeboten. Der Protest gegen bestimmte Regulierungsformen des Internets bleibt kritischen Nutzern vorbehalten, die ihr Anliegen aber kaum gesellschaftsweit politisieren können. Eine Ur-

sache mag darin liegen, dass die negativen Szenarien einer Überwachungs-gesellschaft gegenüber dem individuellen Nutzwert des Internets an Bedeutung verloren haben. Anders ist nicht zu erklären, dass fast jeder ohne Bedenken online mehr Daten über sich preisgibt, als etwa die Volkszählung der 1980er-Jahre erfragen wollte.

Konsequenzen für die Politik

Die Massenmedien haben die Formen und Inhalte der Politik maßgeblich verändert. Wer sich in der Informationsgesellschaft Gehör verschaffen will, ist auf die Rationalität der Massenmedien angewiesen. Jede politische Kontroverse oder ein Verhandlungsergebnis muss durch die medialen Filter: Verkürzung, Emotionalisierung, Personalisierung. Das Ergebnis ist weniger ein Abbild als vielmehr eine mediale Konstruktion. Politische Prozesse, von denen es keine Bilder gibt, oder Kompromisse, die keiner in einem Kurzinterview erklären kann, haben es daher schwer, der Öffentlichkeit vermittelt und von ihr wahrgenommen zu werden. Keine Partei und keine Regierung können sich diesen Spielregeln der Mediengesellschaft entziehen, sooft sie das auch kritisieren. Ihnen bleibt nur, sich professionell diesen medialen Bedingungen anzupassen, ohne zu viel von ihrem politischen Selbstverständnis preiszugeben.

Es bleibt die Frage, wie die Informations- und Kommunikationstechnik sowie die Medien politisch gestaltet werden können. Lange Zeit waren Informationstechnik und Massenmedien voneinander getrennte Bereiche. Auch politisch und rechtlich waren beide Welten voneinander getrennt: hier die Welt der Individualkommunikation (Telefon) in der Zuständigkeit des Bundes, dort die der Massenmedien (Presse, Film, Rundfunk) in der Zuständigkeit der Länder. Gemeinsam war beiden Kommunikationswelten eigentlich nur, dass beide auf großtechni-

schen Systemen mit ähnlichen Grundlagen – der Nachrichtentechnik im weitesten Sinn – beruhen. Mit der Digitalisierung sind beide Welten zusammengedrückt und haben das Medien- und Kommunikationsrecht vor das Problem der begrifflichen Abgrenzung gestellt: Was ist eigentlich Rundfunk und was nicht? Spätestens beim Internet macht diese Frage keinen Sinn mehr: Anfänglich als Mittel der individuellen Kommunikation für militärische und wissenschaftliche Zwecke entwickelt, ist das Internet heute dabei, das Fernsehen als das Leitmedium der modernen Gesellschaft mindestens zu ergänzen.

Begrenzter Demokratisierungseffekt

Mit dem Aufkommen des Internet erwarteten die Vertreter der deliberativen und direkten Demokratie eine Zunahme der politischen Teilhabe und damit eine Chance zur Belebung der Demokratie. Studien haben dagegen gezeigt, dass allenfalls im lokalen Bereich eine neue Qualität der politischen Kommunikation feststellbar ist, aber im Wesentlichen nur diejenigen Bürger aktiv werden, die ohnehin schon politisch interessiert und aktiv sind – nur eben jetzt mithilfe des Internets. Auch das demokratische Potenzial des Internets wird im Wesentlichen von den Eliten der politischen Partizipation gebildet, die auch andere Formen der politischen Aktivität nutzen. Hinzu kommt, dass nur ein Bruchteil des Internets überhaupt für politische Kommunikation genutzt wird. Das Internet ist wie der Rundfunk weitgehend nachfrageorientiert – auch hier dominiert deutlich der Unterhaltungsaspekt. Die interaktive Dimension des Internets fördert nicht unbedingt eine weitere Politisierung – in welche Richtung auch immer. So dürfte es zum Beispiel wesentlich mehr registrierte Teilnehmer an Partnerbörsen im Netz geben als Teilnehmer an politischen Foren. Zudem sind Websites mit politischen The-

men häufig Selbstdarstellungen politischer Gruppen ohne ernsthaftes Interesse an einer Diskussion.

Das Internet hat die vorhandenen Foren und Kanäle der politischen Kommunikation ergänzt und zugleich verändert. Dagegen ist der von einigen Protagonisten der deliberativen Demokratisierung erwartete Schub für eine politische Partizipation und Demokratisierung ausgeblieben. Das Ideal der ubiquitären basisdemokratischen Partizipation ist längst entzaubert. Gerade die Vertreter der deliberativen und direkten Demokratie erhofften vom Internet eine Befreiung von den „vermachteten“ und kommerzialisierten Massenmedien. Ihre Argumentation ist ähnlich wie bei der Einführung des Radios oder des Lokalfernsehens: Immer galt es, den im Prinzip mündigen, aber von Politik und Medien entmündigten Bürgern eine Stimme zu geben, sei es über den Rückkanal beim Radio, wodurch jeder Empfänger zugleich zum Sender wird – so das in diesem Zusammenhang oft zitierte Modell der Radiotheorie Bertolt Brechts –, oder durch den Bürgerfunk im Lokalradio. Das tatsächliche, eher vom passiven Unterhaltungsbedürfnis geprägte Nutzerverhalten zeigt die Grenzen dieses deliberativen Demokratie- und Medienmodells, das von idealtypischen Bürgern und herrschaftsfreien Diskursen ausgeht, in denen nur die Macht des Arguments zählt. Zyniker könnten stattdessen darauf verweisen, dass spätestens seit „YouTube.com“ und „MySpace.com“ nun wirklich jeder jedem alles mitteilen kann – sogar Dinge, die selbst in den simpelsten Talkshows des Fernsehens wegmoderiert würden – und nur eine Urheberrechtsklage betroffener Großkonzerne diese Eigendynamik noch aufhalten könnte.

Auch die Hoffnung, dass sich mit der Verbreitung neuer Informationsmedien die Politikverdrossenheit bekämpfen lasse und sich die demokratischen Potenziale der Bürger nun entfalten könnten, hat

sich kaum erfüllt. Im Gegenteil: Es sind weniger Bürger aus der Mitte der Gesellschaft als vielmehr extremistische Gruppen, die die Möglichkeiten des Internets konsequent (aus)nutzen, um politische Gegner zu verunglimpfen, Kampagnen zu verabreden oder sich in der virtuellen Gemeinschaft auszutauschen. Vielen dieser Gruppen liegt nichts ferner als der Erhalt der Demokratie. Es ist eine Ironie der Geschichte, dass ausgerechnet diese Gruppen sich auf das Grundrecht der Meinungsfreiheit berufen, wenn Medienaufsichtsbehörden Schritte gegen sie unternehmen. Die kritischen Publizisten von Heinrich Heine bis Kurt Tucholsky hatten seinerzeit gute Gründe, Meinungsfreiheit zu fordern. Es ist daher merkwürdig, dass Gruppen das Grundrecht der Meinungsfreiheit beanspruchen, die nicht gerade das Verdienst haben, das Erbe dieser Publizisten angetreten zu haben.

Politik als Randerscheinung

Politische Kommunikation ist für die meisten Internetnutzer wie für die Nutzer anderer Medien nur eine neben vielen anderen Optionen und von der Quantität eher eine Randnutzung. Auch die Tatsache, dass inzwischen fast alle öffentlichen Verwaltungen im Netz vertreten sind und interaktive Dienste anbieten, ist zwar unter dem Aspekt der Bürgerfreundlichkeit zu begrüßen, bedeutet aber keine neue Qualität der Demokratie. Das in der Politik verbreitete informelle Handeln zwischen Parteien, Verwaltung und Verbänden dürfte durch das Internet kaum berührt werden. Die jeweiligen Akteure verhandeln in der Regel immer noch persönlich miteinander und treffen etwa am Rande von formellen Sitzungen ihre (Vor-)Entscheidungen. Typisches Beispiel dafür sind die verschiedenen, nach Parteipräferenz gebildeten Arbeits- und Freundeskreise, die im Vorfeld von Gremiensitzungen ihre Linie absprechen. Dennoch müssen sich alle politischen Ak-

teure mit den Möglichkeiten des Internets und des „E-Government“ auseinandersetzen und sie in ihre Kommunikationsstrategie integrieren. Die Möglichkeiten dazu scheinen noch nicht ausgeschöpft.

Von einer anderen Qualität sind die Veränderungen des politischen Machtgefüges durch die Massenmedien, insbesondere durch *das* Leitmedium der Informationsgesellschaft: das Fernsehen. Es verändert das Bild von Politik in der Bevölkerung entscheidend. Weil bevorzugt über Ereignisse berichtet wird, die den Nachrichtenfaktoren Konfliktrichtigkeit, Personalisierung, Emotionalität und Verkürzung entsprechen, werden wesentliche Dimensionen der Politik, vor allem ihr Prozess- und Aushandlungscharakter, ausgeblendet. Durch die zahlreichen Nachrichtensendungen in den Vollprogrammen und durch die Dauerpräsenz von Kanälen, die auf Nachrichten spezialisiert sind (*Phoenix, n-tv, CNN, N24, Bloomberg TV*), findet Politik in Echtzeit statt. Jede Ankündigung von politischen Initiativen wird umgehend von Journalisten kommentiert, von Experten analysiert und von anderen Politikern aufgegriffen.

Information im Überfluss

Einen Schwellenwert für die Menge an politischer Information, die für eine lebendige Demokratie erforderlich ist, gibt es zwar nicht. Aber die Idee der Demokratie ist notwendig mit der Möglichkeit verbunden, öffentlich seine Vernunft zu gebrauchen und zu rasonieren. Im Artikel 5 des Grundgesetzes ist dieser Gedanke der Aufklärung durch das Recht, sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert informieren und seine Meinung ebenso unzensuriert verbreiten zu können, institutionalisiert. Das Internet hat die Qualität und Quantität der politischen Beteiligung über die bisher auch ohne Internet aktiven Bürger hinaus, denen es zweifellos neue Möglichkeiten gegeben

hat, kaum erweitert. Auch angesichts der vom Einzelnen kaum noch aufzunehmenden Vielfalt politischer Informationen aus dem Cyberspace, die zudem kaum noch verifizierbar sind, da immer mehr Quellen anonym bleiben, kann man vom Internet nicht zwangsläufig eine Verbesserung der Demokratie erwarten.

Im neunzehnten Jahrhundert forderten Publizisten die „Presse- und Redefreiheit“ als Voraussetzung zur Erlangung der politischen Freiheit ein. Es war seinerzeit unvorstellbar, dass es einmal eine Gesellschaft geben würde, in der der Überfluss an Informationen eher ein Problem ist als der Mangel daran, und dass mehr Informationen nicht unbedingt eine bessere Aufgeklärtheit der Bürger bedeuten, sondern eher Desorientierung und schlimmstenfalls politische Abstinenz. Das Wichtige kann vom Unwichtigen kaum noch getrennt werden, und die Medien bekommen einen immer größeren Einfluss auf die politische Agenda. So kann ein von den Medien aufgebauter Problemdruck die Politik zu Sofortmaßnahmen veranlassen, sei es der Stopp von Transferleistungen ins Ausland – wie im Fall von „Florida-Rolf“ – oder das Verbot bestimmter Hunderrassen, die als Kampfhunde verdächtigt werden. Der Regierung bleibt dabei nicht selten nur die Flucht in die „symbolische Politik“: Anstelle sachgerechter Lösungen wird der Eindruck vermittelt, als würde die Politik das jeweilige Problem konsequent angehen. Das hieße aber, die Argumente sorgfältig gegeneinander abzuwägen, alternative Lösungen zu erörtern und schließlich in Erlasse oder Gesetze zu gießen. Das alles erfordert bei aller Eilbedürftigkeit eine gewisse Zeit, die die Medien den politischen Institutionen kaum einräumen.

Wissensmanagement auf politischer Ebene

Es stellt sich die Frage, wie der moderne Staat auch in der Informationsgesell-

schaft den Primat des Politischen durchsetzen kann. Helmut Schelsky hatte konstatiert, dass es angesichts der weitgehenden Dominanz von Technik und Wissenschaft für die Politik nur noch darum gehe, Sachzwänge nachzuvollziehen und im Übrigen denen die Entscheidungen zu überlassen, die etwas davon verstünden: den Wissenschaftlern. Sachverstand ist auch heute eine notwendige Grundlage für politische Entscheidungen. Weil mit jeder Technik stets konkrete Ziele und Zwecke verbunden sind, müssen diese Ziele auch in der politischen Öffentlichkeit und bei entsprechender Bedeutung auch im Parlament diskutiert werden. Die damit verbundenen Abwägungsprozesse zwischen Chancen und Risiken sind genuin politischer Natur.

Es ist die Pflicht des Parlaments, sich sachkundig zu machen, wenn es glaubt, die Konsequenzen einer Entscheidung nicht beurteilen zu können. Bei Entscheidungen im Bereich Wissenschaft und Technik wie in der Stammzellgesetzgebung ist das häufiger der Fall als in anderen Politikbereichen, was 1966 beim amerikanischen Kongress zur Gründung eines *Office of Technology Assessment* (OTA) und in der Folge zur Einrichtung zweier Enquête-Kommissionen beim Deutschen Bundestag führte. Dass Technikbewertung auf der politischen Agenda heute nicht mehr ganz oben steht, liegt im Wesentlichen daran, dass es heute andere Probleme gibt, deren Lösung in der Gesellschaft als dringlicher gilt. Zudem setzt Technikbewertung einen Staat voraus, der in der Lage ist, getroffene Entscheidungen auch durchzusetzen. Diese Annahme aus der Zeit allgemein verbreiteter Planungs- und Steuerungseuphorie ist heute nicht mehr ohne Weiteres gegeben. Es gibt mehrere Gründe für den Macht- und Steuerungsverlust des Staates: die „Politikverflechtungs-Falle“ politischer Mehrebenensysteme, die zunehmende Abhängigkeit nationaler von internationalen

Entwicklungen, die Vetopotenziale gesellschaftlicher Akteure, die Eigenart technischer Systeme, die fehlende Strategiefähigkeit politischer Parteien sowie die Krise der öffentlichen Haushalte.

Die Lösungsvorschläge für alle diese Restriktionen sind ebenso unterschiedlich wie die Diagnosen. Konsens ist, dass es zur repräsentativen Verhandlungsdemokratie keine Alternativen gibt, wenn man die Extreme Technokratie oder Basisdemokratie vermeiden will. Das bedeutet: Obwohl in allen Phasen des politischen Prozesses von der Meinungsbildung bis zur Entscheidung, Durchsetzung und Vermittlung die Medien eine Rolle spielen, muss der Primat der Politik gelten. Die Hoffnungen, durch neue Informationsmedien würde das politisch-administrative System schneller und umfassender informiert und dadurch besser in der Lage sein, auf gesellschaftliche Probleme zu reagieren, haben sich nicht erfüllt. Die Tatsache, dass immer mehr Informationen und Nachrichten die politischen Akteure erreichen, führt eher zu ihrer Überforderung als zu ihrer Entlastung. Das eigentliche Problem besteht eher darin, aus der wachsenden Masse an unstrukturierten Informationen die wirklich relevanten Nachrichten zu erkennen. Nicht nur Individuen, sondern auch Organisationen haben Grenzen der Informationsverarbeitung. Das galt im Prinzip auch schon vor dem Internetzeitalter. Das Wissensmanagement politischer Akteure ist dieser Informationsflut kaum gewachsen. Im Zweifelsfall orientieren sich Politiker und Entscheidungsträger daher lieber an Quellen, denen sie persönlich vertrauen können.

Es gibt aber noch einen anderen Grund, warum der Staat, warum die Politik immer weniger ihre Ziele durchsetzen kann. Da sind zunächst das Erstarken der Wirtschaft und ihre globale Vernetzung. Die Geschwindigkeit, mit der Informationen heute weltweit ausgetauscht werden

können, hat eine neue Qualität. Die Politik hat den dafür notwendigen Rahmen unter anderem durch Abkommen über den Freihandel geschaffen. Neben den erwünschten Folgen dieser Politik zeigen sich immer mehr auch die Nachteile der Globalisierung: Ganze Regionen und Staaten können zu Spekulationsobjekten werden. Die politisch gewollte Entfesselung der Ökonomie wendet sich zunehmend gegen die Politik selbst, indem sie ihre Handlungsspielräume auf allen Ebenen einengt.

Der Machtzuwachs der Wirtschaft gegenüber der Politik ist eine Folge davon, dass virtuelle Transaktionen technisch jederzeit möglich sind. In der Phase des Steuerungsoptimismus hatten Politik und Wissenschaft gemeinsam die Hoffnung, dass die Informationstechnik ein rationaleres Regieren und Entscheiden ermögliche. Schließlich sorgten immer leistungsfähigere Rechner für eine immer bessere und schnellere Information. Gutes Regieren sei wesentlich eine Frage des Informationsmanagements. Je mehr diese Utopie zur Realität wurde, umso mehr rückten nicht nur andere politische Themen wie Dauerarbeitslosigkeit, Auflösung sozialer Strukturen, Migration und Terrorismus in den Vordergrund, sondern auch interne Probleme: die mangelnde Strategie- und Gestaltungsfähigkeit politischer Akteure. Alles das lässt sich kaum durch kybernetische oder spieltheoretische Algorithmen abbilden und beheben.

Wahl zwischen Sicherheit und Freiheit

Die Informationsgesellschaft ist eine Realität, deren Strukturen zwar gestaltbar, aber nicht reversibel sind. Die Politik muss sich diesen Strukturen und Rationalitäten der Informationsgesellschaft stellen. Es mangelt nicht an Szenarien, wie die Zukunft der Informationsgesellschaft aussehen könnte. Prognosen waren bisher im-

mer Projektionen zeitgenössischer Hoffnungen und Ängste in die Zukunft. Derzeit sind mindestens fünf Varianten des Regierens in der Informationsgesellschaft erkennbar (Roland Sturm). Es ist offen, welche dieser Varianten sich durchsetzen wird: der „Intelligente Staat“, der „Überwachungsstaat“, der „traditionelle Nationalstaat“, der „postmoderne Staat“ oder die „e-democracy“. Hinter jeder dieser Visionen stehen politische Kräfte und gesellschaftliche Akteure. Einiges spricht dafür, dass der „intelligente Staat“ die größten Chancen hat, sich in Zukunft zu verfestigen. Dieses Modell entspricht am ehesten der bisherigen Entwicklung, wonach sich die Exekutive auf Kosten der Legislative und zivilgesellschaftlichen Akteure stetig ausweitete und ihre Macht festigte. Ob diese Entwicklung eher in Richtung „Überwachungsstaat“ kippt oder eher in Richtung „postmoderner Staat“, hängt wesentlich davon ab, ob den Bürgern ihre Sicherheit oder ihre Freiheit wichtiger ist. Fest steht jedenfalls, dass das Verhältnis von Politik und Technik nicht deterministisch ist und weder die Technik noch die Politik ausschließlich der abhängige oder unabhängige Faktor ist.

Die Vision einer Informationsgesellschaft war immer auch mit der Hoffnung auf sozialen und politischen Fortschritt verknüpft. Gemessen an den Hoffnungen ihrer Protagonisten, blieben jedoch viele dieser Erwartungen unerfüllt. Die Vorstellung etwa, dass ein unzensurierter und freier Austausch von Informationen, wie ihn das Internet ermöglicht, zu mehr Partizipation und Demokratie führt, wird von den realen Interessen der meisten Internetnutzer konterkariert. Politische Kommunikation im Sinne von öffentlichem

Vernunftgebrauch bleibt eine Randnutzung, ist auf wenige Aktive, wie sie sich in vielen Internetforen und Ähnlichem konstituieren, beschränkt und wird von der Vielzahl unpolitischer Nutzungsoptionen in den Schatten gestellt.

Die politischen Erwartungen an das Internet reihen sich ein in die Tradition der Mediendiskurse spätestens seit den „Neuen Medien“ – so nannte man in den 1970er-Jahren das analoge Kabel- und Satellitenfernsehen. Ob sie ein in der Gesellschaft vermutetes Demokratiepotezial freisetzen oder behindern, ist die Gretchenfrage der Informationsgesellschaft. Vieles, was im Zusammenhang mit der damaligen Breitbandverkabelung oder selbst beim Videorekorder befürchtet oder erhofft wurde, lebt bei der Diskussion um das Internet wieder auf. Schon bei den Kabelfernsehprojekten wurde der Rückkanal von den Bürgern kaum genutzt, und der Einsatz von Videorekordern für kulturell wertvolle Zwecke hielt sich damals schon in ähnlichen Grenzen wie die Nutzung heutiger Speichermedien (DVD, i-pod und andere). Es gibt auch vor dem Hintergrund dieser vergangenen Auseinandersetzungen um die „Neuen Medien“ keinen Grund zu der Annahme, dass dies heute wesentlich anders sein wird. Immer wenn ein neues Medium auftrat, wurde es auch als Chance zu mehr Demokratie und als Mittel gegen die Bevormundung durch Verleger und Redakteure gesehen – sei es der Lokalfunk, der Bürgerfunk und eben jetzt das Internet. Letztlich sind die Medien im Spannungsfeld zwischen Utopie und Realität zu verorten, wo die kulturellen Ansprüche ökonomischen Imperativen gegenüberstehen.